



Justizminister fordern in Hamm neue Instrumente gegen digitale Gewalt im Internet

Die deutsche Justiz muss neue Instrumente im Kampf gegen Beleidigungen, Belästigungen und Verleumdungen im Internet entwickeln. Darin waren sich am Montagabend die Teilnehmer einer gemeinsamen Diskussionsveranstal-

tung der Arnold-Freymuth-Gesellschaft und der Juristischen Gesellschaft Hamm einig. Im Oberlandesgericht stellten unter anderem die Landesjustizministerin Kathrin Wahlmann (Niedersachsen, Mitte) und Benjamin Limbach (NRW, 2. von

links) dar, dass der Rechtsstaat seine Bürger vor Hass und Hetze im Netz besser schützen muss. Unter anderem sei wichtig, dass Auskunftersuchen der Betroffenen von sozialen Netzwerken schneller beantwortet, Beiträge schneller

gelöscht und übergreifende Urheber schneller gesperrt werden können, so Hauptrednerin Wahlmann: „Es kann nicht sein, dass Facebook und Co. bestimmen, was in Ordnung ist und was nicht.“ Ein Gesetz gegen digitale Gewalt wird derzeit auf

Bundesebene vorbereitet. Unser Bild zeigt die beiden Ministerin OLG-Präsidentin Gudrun Schäpke (links), Franz Josef Düwell (Präsident der Freymuth-Gesellschaft) und Diskussionsleiterin Laura Braam.